

Stefan Keuter

- (A) (Matthias Hauer [CDU/CSU]: Das ist eine ganz dürre Rede!)

Ich frage mich: Nützt es den versicherten Anbauflächen, wenn wir jetzt ein bisschen an der Versicherungssteuer drehen? Ich sage Ihnen: Nein. Das Grundproblem ist, dass die Policen viel zu teuer sind.

(Beifall bei der AfD)

Zur Dürre selber – dass ich einmal zum Thema Klima hier sprechen darf, hätte ich nie gedacht –: Das Klima wandelt sich. Das Klima hat sich in Hunderttausenden von Jahren immer wieder mal gewandelt: Es gab Wärmephasen, es gab Kältephasen.

(Rainer Spiering [SPD]: Die Eiszeit!)

– Richtig. Wir kommen zu den Eiszeiten. – Die letzten kleinen Eiszeiten waren beispielsweise Mitte des 15. Jahrhunderts und von circa 1600 bis 1750. Die NASA erwartet für Mitte dieses Jahrhunderts die nächste kleine Eiszeit. „Anpassung“ ist hier das Zauberwort. Der menschengemachte Klimawandel ist hier nur marginalst.

Die AfD steht an der Seite der Landwirte. Dass auch die Versicherung gegen das Dürreerisiko steuerlich begünstigt wird, begrüßen wir.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

- (B) Danke schön. – Nächster Redner: für die CDU/CSU-Fraktion Matthias Hauer.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Matthias Hauer (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beschließen heute ein weiteres Gesetz, um Risiken an den Finanzmärkten zu reduzieren. Dabei geht es diesmal um zentrale Gegenparteien, sogenannte CCPs. „CCP“ steht für „Central Counterparty“. Was macht eine solche „zentrale Gegenpartei“?

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Gute Frage!)

Sie übernimmt an den Finanzmärkten eine ähnliche Aufgabe wie zum Beispiel Onlinebezahlssysteme wie Paydirekt oder PayPal beim Onlineshopping. Wenn man online etwas kauft und mit einem dieser Bezahlssysteme bezahlt, dann erfolgt die Zahlung nicht direkt an den Onlineshop, sondern der Kunde zahlt an das Bezahlssystem, und das Bezahlssystem zahlt wiederum an den Onlineshop. Es steht also zwischen dem Käufer und dem Verkäufer und übernimmt dabei auch Risiken der Transaktion.

Was Paydirekt, PayPal und andere für das Onlineshopping sind, das sind die zentralen Gegenparteien für den Finanzmarkt. Zum Beispiel beim Wertpapierkauf verrechnet der Verkäufer sein Geschäft mit der CCP, und diese wiederum verrechnet zeitgleich mit dem Käufer. Die zentralen Gegenparteien tragen damit das Erfüllungsrisiko des jeweiligen Geschäfts und leisten so einen wesentlichen Beitrag zur Risikosteuerung der beteiligten Akteure und zur Finanzmarktstabilität insgesamt.

(C)

Zentrale Gegenparteien sind also grundsätzlich eine gute Sache und notwendig für die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte. In Deutschland übernimmt diese Rolle vor allem die Eurex Clearing AG. Als Reaktion auf die Finanzkrise und vor allem nach dem Inkrafttreten der EMIR-Verordnung im Jahr 2012 ist die Bedeutung dieser CCPs noch einmal stark gestiegen.

Mit dem Gesetz, das wir heute beschließen, beantworten wir die Frage, wie der Gesetzgeber mit CCPs umgehen will, wenn diese selbst in eine Schieflage geraten. Wir schaffen passgenaue Instrumente für deren Sanierung und Abwicklung, und wir geben der BaFin als Aufsichtsbehörde geeignete Werkzeuge an die Hand, um für den Fall der Fälle gewappnet zu sein. Wir wollen damit Finanzstabilität bewahren und gleichzeitig die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler davor schützen, die Kosten für den Ausfall einer zentralen Gegenpartei tragen zu müssen. Das wollen wir verhindern.

(Beifall bei der CDU/CSU)

In vielen EU-Staaten gibt es für die Sanierung und Abwicklung nur unzureichende Regelungen. Auch besteht dafür bislang kein EU-weites harmonisiertes Regelwerk. Wir bedauern, dass die Gespräche auf EU-Ebene lange Zeit nicht wirklich vorangekommen sind, obwohl seit November 2016 dazu ein Vorschlag der Kommission vorliegt. Hier wäre eine europäische Lösung wirklich sinnvoll. Bis dahin gehen wir hier in Deutschland voran und schließen diese Regelungslücke auf nationaler Ebene. (D)

Wir haben die parlamentarischen Beratungen dazu genutzt, den Gesetzentwurf der Bundesregierung noch ein bisschen zu ändern, ein bisschen besser zu machen. Durch eine Änderung im Kapitalanlagegesetzbuch geben wir Fondsverwaltern Instrumente zur besseren Liquiditätssteuerung von Investmentfonds an die Hand, damit diese in Krisenfällen besser agieren können. Damit modernisieren wir das Investmentrecht, und wir stärken Deutschland als Fondsstandort.

(Beifall der Abg. Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU] und Metin Hakverdi [SPD])

Wir haben das laufende Gesetzgebungsverfahren zudem genutzt, um ein steuerliches Thema mit zu behandeln, das gerade uns als CDU/CSU am Herzen liegt: die Absenkung der Steuer auf Dürreversicherungen für die Landwirtschaft. Auch in Deutschland nehmen Extremwetterlagen zu. Das hat auch für die Landwirtinnen und die Landwirte immense Folgen. Viele von ihnen versuchen, sich gegen Extremwetterereignisse wie Hagel, Sturm, Starkfrost etc. zu versichern. Obwohl auch Dürre und Trockenheit wetterbedingte Elementargefahren sind, ist nur ein verschwindend kleiner Teil der Ackerfläche, 0,4 Prozent, dagegen versichert, nicht weil die Gefahr für Dürre oder Trockenheit nicht besteht, sondern weil die Versicherungen wegen der hohen Versicherungssteuer schlicht unwirtschaftlich sind. Wir senken mit diesem Gesetz die Steuer für Dürre- und Trockenheitsversicherungen spürbar: von bislang 19 Prozent der Ver-

Matthias Hauer

- (A) sicherungsprämie auf 0,03 Prozent der Versicherungssumme und damit auf denselben Steuersatz, der auch für Hagel, Sturm etc. gilt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen, dass sich Landwirtinnen und Landwirte damit besser vor Dürreschäden schützen können und dass somit die eigenbetriebliche Risikoversorge einfacher wird. Deshalb sollen diese Versicherungen endlich erschwinglich werden. Das ermöglichen wir mit dem Gesetz.

Als CDU/CSU war es uns ein Anliegen, dieses Thema nicht auf die lange Bank zu schieben. Deshalb haben wir durchgesetzt, dass die Regelung rückwirkend zu Beginn dieses Jahres in Kraft treten kann, damit Versicherungsprodukte schnell entwickelt werden können und damit sich landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland bereits in diesem Jahr, in diesem Sommer für etwaige durrebedingte Ertragsausfälle absichern können.

Ich bedanke mich dafür, dass es eine breite Zustimmung zu unserem Vorschlag gab und mit Ausnahme der AfD, die sich enthalten hat, und der Grünen, die dagegengestimmt haben, alle anderen Fraktionen dem so zugestimmt haben. Damit wird es eben möglich, auch in diesem Jahr noch sich gegen eine mögliche Dürre abzusichern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens bedanke ich mich auch bei meinen Kolleginnen und Kollegen Berichterstatter der AG Finanzen und der AG Landwirtschaft, aber auch für die konstruktive Mitarbeit und Zusammenarbeit bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Abschließend möchte ich noch die Hoffnung äußern, dass unser deutsches Gesetz zur Frage der Sanierung und Abwicklung zentraler Gegenparteien auch einen Anstoß leistet für die weiteren Gespräche auf der europäischen Ebene. Gerade weil wir eine immer stärkere Verflechtung der Finanzmärkte haben, brauchen wir gerade in diesem Bereich eine Finanzmarktpolitik aus einer Hand und damit eine einheitliche Regelung in der Europäischen Union.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Matthias Hauer. – Nächster Redner: Dr. Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Florian Toncar (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht heute um die Abwicklung zentraler Gegenparteien. Das ist ein sperriger, aber wichtiger Begriff aus der Finanzwelt. Denn es geht um Unternehmen, die bei der Abwicklung von Geschäften vor allem

mit Wertpapieren bzw. Derivaten zwischen Käufer und Verkäufer stehen und sowohl den Verkauf des Papiers selber abwickeln, indem sie als Zwischeninstanz das kurz selbst übernehmen und durchleiten als auch – umgekehrt – die Bezahlung, also das Geld, durchleiten. Das ist eine ganz entscheidende Kernfunktion der Finanzmärkte. Wenn sie über Nacht wegfallen würde durch eine Krise oder Pleite, wenn die Wahrnehmung dieser Aufgabe sehr kurzfristig eingestellt würde, dann wäre kein Ersatz da, dann wären die Schäden im ganzen Finanzsystem wesentlich größer, als sie sein müssten. Deswegen ist es aus unserer Sicht richtig, heute ein Gesetz zu machen, mit dem sichergestellt wird, dass mit einer solchen Krise umgegangen werden kann, ohne dass der Markt bzw. die Marktfunktion insgesamt Schaden nehmen und ohne dass gleichzeitig der Steuerzahler am Ende faktisch gezwungen ist, das betroffene Unternehmen zu retten. Dass man das nun so hinbekommt, halten wir für richtig, und wir werden dem heute auch zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Eines muss man in diesem Zusammenhang allerdings auch deutlich sagen: Regeln machen ist das eine. Regeln durchsetzen und umsetzen ist das andere. – Wir haben bereits seit 2015 sehr ähnliche Regeln für Banken in Krisenfällen; für diese gibt es Abwicklungsmöglichkeiten und -instrumente. Aber leider gibt es nicht wenige Fälle, in denen die durchaus sinnvollen und guten Abwicklungsregeln für Banken am Ende in einigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union politisch ausgehebelt worden sind und gerade nicht zur Anwendung gekommen sind, sodass wieder der Steuerzahler in die Haftung eingetreten ist. Deshalb geht der Appell an die Bundesregierung, nicht nur neue Regeln zu schaffen, sondern sich in der gesamten Europäischen Union konsequent dafür einzusetzen, dass Schlupflöcher gestopft werden und Abwicklung auch wirklich praktiziert wird. Sonst ist das alles nichts wert, was wir hier im Bundestag an Gesetzen dazu machen.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Metin Hakverdi [SPD])

Wir beschließen heute außerdem Änderungen bei der Versicherungssteuer. Künftig soll ein Bauer, wenn er eine Versicherung gegen Ernteaufschläge aufgrund von Dürre und Trockenheit abschließt, in den Genuss einer steuerlich günstigeren Behandlung dieser Versicherung kommen. Das ist eine Gleichbehandlung mit anderen Elementargefahren wie Hagel oder Starkregen. Auch das ist gut, konsequent, systematisch korrekt und findet die Zustimmung der Freien Demokraten.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Matthias Hauer [CDU/CSU])

Ausreichen wird diese Maßnahme aber natürlich noch nicht; denn – das muss man auch sagen – die Versicherungen bleiben sehr teuer. Wir meinen deswegen, dass man die Diskussion über die Absicherung von Bauern gegen Dürreschäden auf eine breitere Basis stellen muss. Wir meinen, dass man am Ende auch an einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage nicht vorbeikommen wird, die Landwirte in guten Jahren auffüllen können, damit sie